



# PRESSEMITTEILUNG

29. Oktober 2024  
Seite 1 von 2

**Sperrfrist: 29.10.2024, 9:00 Uhr**

Die SED-Opferbeauftragte beim  
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37893  
SED-Opferbeauftragte@bundestag.de

**Presseanfragen an:**  
Niels.Schwiderski@bundestag.de  
Tel: 030 227 37842  
mobil 0178 / 3543113

## **IKEA Deutschland, UOKG und die SED-Opferbeauftragte vereinbaren Unterstützung für den bundesweiten Härtefallfonds für SED-Opfer**

Am heutigen Tag hat IKEA Deutschland der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag eine Absichtserklärung übergeben, den geplanten bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer der SED-Diktatur mit einem Betrag von 6 Mio. € zu unterstützen.

Der bundesweite Härtefallfonds, über dessen Einrichtung der Deutsche Bundestag auf Grundlage eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung in den nächsten Wochen entscheiden wird, hat die Aufgabe, Opfer der SED-Diktatur bei wirtschaftlichen Notlagen unbürokratisch zu unterstützen. Zu den Opfern der SED-Diktatur gehören insbesondere politische Häftlinge, die in den DDR-Gefängnissen Zwangsarbeit leisten mussten.

Vorausgegangen war ein enger, mehrjähriger Austausch zwischen IKEA Deutschland und der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und seit Einrichtung des Amtes im Jahr 2021 der SED-Opferbeauftragten.

Nach dem Bekanntwerden des Verkaufs von Artikeln, an deren Produktion politische Häftlinge in der DDR beteiligt waren, hatte IKEA 2012 eine unabhängige Untersuchung eingeleitet und in einem zweiten Schritt die Erstellung und Veröffentlichung einer umfassenden wissenschaftlichen Studie zum Thema Zwangsarbeit von Dr. Christian Sachse (wissenschaftlicher Berater der UOKG) finanziert.



Mit der Vereinbarung der konkreten finanziellen Unterstützung des Härtefallfonds, kommt für IKEA, die UOKG und die SED-Opferbeauftragte ein gemeinsamer Weg zum Abschluss.

Dieter Dombrowski (Bundesvorsitzender UOKG): *„IKEA hat nach dem Bekanntwerden der Beteiligung des Unternehmens an Haftzwangsarbeit unsere Einladung ins Gespräch zu kommen angenommen. Gemeinsam sind wir den Weg der Aufklärung gegangen und IKEA ist den Betroffenen auf Augenhöhe begegnet. Die heutige Entscheidung ist wegweisend. Wir wünschen uns, dass weitere Firmen dem Vorbild IKEAs folgen.“*

Evelyn Zupke (SED-Opferbeauftragte): *„Für mich ist die Zusage von IKEA den Härtefallfonds zu unterstützen, Ausdruck eines verantwortungsbewussten Umgangs auch mit dunklen Kapiteln der eigenen Firmengeschichte. Dass, was die Opfer in den DDR-Gefängnissen erleben mussten, können wir nicht ungeschehen machen. Wir können ihnen aber heute mit Respekt begegnen und sie insbesondere in Notlagen unterstützen. Genau für diesen Weg hat IKEA sich entschieden und dafür bin ich ausgesprochen dankbar.“*

Walter Kadnar (CEO & CSO IKEA Deutschland): *„Wir bedauern zutiefst, dass auch Produkte für IKEA von politischen Häftlingen in der DDR produziert wurden. Seit dem Bekanntwerden hat sich IKEA konsequent für die Aufklärung eingesetzt. Wir haben den Betroffenen unser Wort gegeben, uns an einer Unterstützung zu beteiligen. Daher begrüßen wir die Umsetzung des Härtefallfonds und freuen uns, unsere Zusage einlösen zu können. Seit 2000, verfügen wir als IKEA über einen der fortschrittlichsten und anerkanntesten Lieferantenverhaltenskodizes der Welt (IWAY). Als wertorientiertes Unternehmen ist es für uns selbstverständlich, sollte es zu Verstößen gegen menschenrechts- oder umweltbezogene Verpflichtungen kommen, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen zu minimieren.“*